

Kinderzulagen: Teure Giesskanne bleibt

Postulat Dass Familien mit dem überschüssigen Geld der **Familienausgleichskasse (FAK)** unterstützt werden sollen, war gestern im Landtag unbestritten. In welcher Form allerdings, dies sorgte für Kopfzerbrechen. Das Giesskannenprinzip stösst wie erwartet auf Kritik.

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

«Welche Variante auch gewählt wird: Das Giesskannenprinzip und den Sozialleistungsexport kriegen wir nicht weg», brachte VU-Landtagsabgeordneter Christoph Wenaweser die Postulatsbeantwortung der Regierung betreffend der Erhöhung der **Kindergeldzulagen** und Ausdehnung der Blockzeiten auf den Punkt. Das Postulat der FBP-Fraktion soll der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen. In der Beantwortung werden zwei Punkte behandelt: Die Erhöhung der **Kinderzulagen** aus der **Familienausgleichskasse (FAK)** und die Ausdehnung der Blockzeiten an den Kindergärten und Primarschulen. Die **FAK** weist wesentliche Reserven auf. Deshalb betrachtet die Regierung eine Erhöhung der Leistungen um einen Betrag von 8 Millionen Franken pro Jahr über einen längeren Zeitraum für verkraftbar. Allerdings nur als temporäre Massnahme. Denn es dürfe nicht das Ziel sein, dass der Staat bei Erreichung der gesetzlichen Untergrenze nachschiessen müsse.

Viele Landtagsabgeordnete sahen den begrenzten Zeitraum für die Erhöhung der **Kinderzulagen** jedoch skeptisch. «Ich sehe

diese befristete Massnahme wenig realistisch. Wenn wir eine der Varianten umsetzen, wird es politisch schwierig werden, diese wieder abzuschaffen», sagte FBP-Abgeordneter Elfried Hasler. Dann müsse irgendwann der Staat oder der Arbeitgeber einspringen und beides sei nicht unproblematisch. Diese Meinung teilten weitere Landtagsabgeordnete.

Einkommensabhängige Lösung zu aufwendig

Grundsätzlich begrüsst der Landtag, dass die **FAK-Überschüsse** Familien zugutekommen sollen. Allerdings wiesen bereits bei der Überweisung des Postulats einige Landtagsabgeordnete darauf hin, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Trotzdem zeigen die aufgezeigten Varianten Zahlungserhöhungen nach dem Giesskannenprinzip auf. Entweder als einmalige **Geburtszulage**, als Zusatzbeitrag in den ersten Monaten oder Lebensjahren oder als generelle Erhöhung über die ganze Anspruchsdauer. «Die **Kinderzulagen** bleiben eine teure Giesskanne», gab FL-Abgeordneter Thomas Lageder zu bedenken. Violanda Lanter-Koller (VU) erachtet es nicht für sinnvoll, die **Kinderzulagen** generell zu erhöhen, da



VU-Landtagsabgeordnete Violanda Lanter-Koller und Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz sind mit den Vorschlägen zu den Erhöhungen der Kinderzulagen nicht glücklich. Bild: Tatjana Schnalzer

es viele Familien gibt, welche die Zulagen nicht benötigen: «Ich plädiere für eine einkommensabhängige Lösung. Sonst ist die Chance vertan, Familien, die das Geld wirklich nötig haben, ausreichend zu fördern», sagte sie.

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bezeichnete die Umsetzung dieses Anliegens als unmöglich. «Dies würde einen rie-

sigen bürokratischen Aufwand bedeuten», sagte er. Denn die Steuerdaten und Vermögensverhältnisse der Grenzgänger stehen nicht zur Verfügung.

Blockzeiten: Gemeinden sollen entscheiden

Weniger Skeptiker gab es betreffend der Verlängerung der Blockzeiten an den Kindergärten und

Primarschulen. Dass diese Möglichkeit vielen Familien zugutekommen würde, war praktisch unbestritten. Allerdings wurde von den Landtagsabgeordneten festgehalten, dass dieses Modell von den Gemeinden individuell und schulautonom genutzt werden soll.

Einige Abgeordnete hinterfragten die Anwesenheit von

Lehrpersonen, was zu einem hohen finanziellen Mehraufwand führen kann. «Es sollte von kopflastiger Arbeit abgesehen werden. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass die Regierung auch die Möglichkeit von Betreuungspersonen statt Lehrpersonen während der verlängerten Blockzeiten geprüft hätte», sagte FBP-Abgeordnete Susanne Eberle-Strub.

Bildungsministerin Dominique Gantenbein hielt fest, dass die rechtlichen Grundlagen für eine Verlängerung der Blockzeiten bereits gegeben sind. «Blockzeiten werden als Präsenzzeit in der Schule definiert. Deshalb muss auch pädagogisch geschultes Personal die Betreuung übernehmen», sagte sie. Es war ihr aber auch wichtig zu betonen, dass die erweiterten Blockzeiten keine Pflichtlektionen sind und auf Freiwilligkeit basieren.

Eine spannende Idee brachte Du-Abgeordneter Herbert Elkuch ein: «Blockzeiten gab es schon früher, als wir um 7 Uhr die heilige Messe besuchten und anschliessend in der Zweierreihe zur Schule gingen.» Ob dies allerdings in der heutigen Zeit noch praktikabel ist, ist zu bezweifeln. Weiters kündigte er einen Vorstoss an, den Export von **Geburtszulagen** zu verhindern. Das Postulat wurde einstimmig abgeschrieben.